

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

RWA am 08.12.10

OBERBÜRGERMEISTER		
25. NOV. 2010		
/.....Nr.....		
OA	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
VII	2	4 Antwort vor An- sendung vorliegen
z. <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Humboldtstr. 104
90459 Nürnberg
Tel. 0911 2876013
Fax 0911 2876016
www.linke-liste-nuernberg.de

Nürnberg, den 24. November 2010

Antrag: Keine zusätzlichen verkaufsoffene Sonntage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Nach den bayerischen Vorgaben darf die Stadt Nürnberg an maximal vier Sonn- oder Feiertagen im Jahr die Öffnung von Verkaufsstellen zulassen. Die Stadt Nürnberg nutzt das Kontingent durch die Sonntagsverkaufsordnung voll aus, indem sie den Osterverkaufsmarkt, den Herbstverkaufsmarkt bzw. dem Altstadtfest, dem Maifest und dem Herbstvolksfest örtlich begrenzt je einen Sonntag zur Öffnung frei gibt. Gleichzeitig durften in diesem Jahr die Unternehmen OBI, XXXLutz und Siemens Schuhcenter am Sonntag, den 26.09.2010, öffnen.

Das Urteil des Verfassungsgerichts vom 1. Dezember 2009 sagt aus, dass Ausnahmen nur durch einen dem Sonntagsschutz gerecht werdenden Sachgrund erteilt werden dürfen. Bloße wirtschaftliche Interessen von VerkaufsstelleninhaberInnen und alltägliche Erwerbsinteressen der KäuferInnen für die Ladenöffnung genügen, laut dem Urteilspruch, dafür grundsätzlich nicht.

Wichtig ist das Urteil des Verfassungsgerichts für alle Menschen dieser Stadt, da durch die freien Sonntage eine regelmäßige Erholungsphase gesichert wird. In dieser regeneriert die Gesundheit von ArbeitnehmerInnen und stärkt sich die Familiengemeinschaft. Der Sonntag ist EU-weit als Ruhetag für Kinder und Heranwachsende durchgesetzt. Gleichzeitig wird Platz geschaffen für Persönlichkeitsentwicklung und Erholung vom stressigen Arbeitsalltag.

Sonntagsarbeit kann nicht durch einen variablen freien Tag ersetzt werden, da es in den meisten Familien der einzige Tag ist, an dem alle Mitglieder der Familie zusammen kommen. Dieser Tag ist schul- und arbeitsfrei, dies ist ein hohes Gut. Von der Aufweichung der Verkaufsöffnung sind im Einzelhandel überwiegend Frauen als Verkäuferin betroffen. Dieser Verzicht auf Erholung und Familie rechnet sich bei den üblichen Löhnen in dieser Branche nicht. Problematisch ist dies ohnehin schon durch die vielen Ausnahmeregelungen für bestimmte Verkaufsstellen, Gesundheitswesen u. a. Zusätzliche verkaufsoffene Sonntage verstärken die Problematik zusätzlich.

Schon im letzten Jahr hat sich die Nürnberger Sonntagsallianz, in dem große gesellschaftliche Gruppen, wie die Landeskirchen und DGB, gegen eine Ausweitung von zwei verkaufsoffenen Sonntage ausgesprochen. Die Argumente sollten ernst genommen werden.

Laut dem Gerichtsurteil müssen Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsregel als solche für die Öffentlichkeit erkennbar bleiben und dürfen nicht auf eine weitgehende Gleichstellung der sonn- und feiertäglichen Verhältnisse mit den Werktagen und ihrer Betriebsamkeit hinauslaufen. Eine solche Auslegung verlangt, laut Urteil, ein öffentliches Interesse solchen Gewichts, das die Ausnahmen von der Arbeitsruhe rechtfertigt, wobei auch insoweit das alleinige Umsatz- und Erwerbsinteresse auf Seiten der Verkaufsstelleninhaber und das alltägliche „Shoppinginteresse“

auf der Kundenseite nicht genügt.

Daher ist es fraglich, welcher Sachgrund neben schlichter finanzieller Absichten hinter der Öffnung der oben genannten Unternehmen steht. Denn selbst wenn große Teile der Bevölkerung ein Interesse am Einkauf rund um die Uhr hätten, würde dies nicht zur Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntags ausreichen.

Deshalb beantragt die Stadtratsgruppe der Linken Liste:

Die Stadt Nürnberg genehmigt durch die Sonntagsverkaufsordnung nur noch zwei verkaufsoffene Sonntage. Verkaufsoffene Sonntage müssen sich von dem alltäglichen Handel unterscheiden, indem sie besondere soziale oder kulturelle Zielsetzungen bieten.

Wir beantragen zudem, einen Vertreter der Sonntagsallianz in Nürnberg als Sachverständigen zur Ausschusssitzung und zur Stadtratsitzung einzuladen, an denen das Thema behandelt wird.

Mit freundlichen Grüßen


Marion Padua

Stadträtin der Linken Liste